

Thesen zur Haushalts- und Finanzpolitik des Landes Bremen

„Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sind an die Gebote der Sittlichkeit und Menschlichkeit gebunden. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben das Recht auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten.“ (Verfassung der Freien Hansestadt Bremen, Art. 1 und 2)

1. Armut ist die schlimmste Form von Schulden. Die Folgen von Armut sind Schulden, die man nur schwer zurückzahlen kann. Maßstab für eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik ist, ob sie Armut verhindert (oder zumindest bekämpft), und ob sie kollektiven Wohlstand schafft (oder zumindest verteidigt).

- Armut bedeutet nicht nur Armut an materiellen Mitteln zum Lebensunterhalt. Sie bedeutet auch Mangel an kulturellem und sozialem Kapital, Mangel an bezahlter und anerkannter Arbeit, Mangel an Perspektive und Zuversicht, Mangel an psychosozialer Reproduktion usw.
- Kollektiver Wohlstand bemisst sich in öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, in Bildungs- und Qualifikationsstand, in sozialem Kapital wie Vertrauen, Sicherheit, Motivation, Kreativität, Kultur eines Gemeinwesens.
- Armut ist keine Niedrigversorgung, sondern eine Unterversorgung. Sie hat zerstörerische, auf lange Zukunft gerichtete Folgen, die zu bekämpfen immer teurer bis schließlich unmöglich wird. (Letzteres ist dann der Bankrott eines Gemeinwesens.) Armut ruiniert den Menschen und das Gemeinwesen und ist eine krasse ökonomische Fehlleistung.
- Armut an Chancengleichheit zerstört den sozialen Zusammenhalt. Armut an gesellschaftlicher Teilhabe gefährdet Demokratie. Armut an Gleichberechtigung verspielt die Aussichten auf solidarische, zukunftsfähige Lebens- und Arbeitsweisen für Frauen und Männer.
- Die Bremische Landesverfassung verpflichtet zur Wahrung einer Vielzahl sozialer Rechte, zum Recht auf Arbeit, Bildung, angemessene Wohnung, zum Schutz von Kindern und Familie. Ein Haushalt, der dies nicht gewährleistet, ist verfassungswidrig. Dieses Verfassungsgebot ist höher zu achten als das Verbot der Neuverschuldung über den Betrag der Neuinvestitionen hinaus, zumal Bremen seine Einnahmen nur in geringem Maße selbst steuern kann. Genau aus diesem Grund sind auch in der Vergangenheit Haushalte beschlossen worden, deren Neuverschuldung die Investitionsausgaben übersteigt, und an dieser Notwendigkeit hat sich nichts geändert, solange der Bund nicht Abhilfe schafft.

2. Die ökonomische Bilanz der Großen Koalition ist katastrophal. Das Leitbild der Großen Koalition in Bremen, auf Kosten der sozialen Substanz „Leuchttürme“ zu finanzieren und sich davon wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze zu erhoffen, ist gescheitert. Unterm Strich war die Politik der Großen Koalition 1995 bis 2007 ein dramatisches Umverteilungsprojekt – nicht nur durch ihre Haushaltspolitik in Bremen, sondern auch durch ihre Zustimmungspolitik im Bundesrat, wo sie alle Steuersenkungen mitbeschlossen hat. Diese Politik hat in großem Stil Armut geschaffen, während sie private Gewinne und Vermögen über Vorhaben finanzierte, die in den meisten Fällen keinen ökonomischen Nutzen brachten (die bekannten Investitionsruinen: Space Park, Rennbahn, Musical usw.).

- In den 12 Jahren Große Koalition hat Armut massiv zugenommen.

- In den 12 Jahren Große Koalition ist kollektiver Wohlstand massiv zerstört worden: Privatisierungen, Personalabbau, Reduzierung von Dienstleistungen, Ausdünnung der kulturellen und sozialen Organisationen und Aktivitäten.
- Trotzdem sind die Schulden unter der Großen Koalition nicht verringert worden, sondern ungeachtet der insgesamt 8,5 Mrd. Euro Sonder-Bundesergänzungsmittel, die 1994 bis 2004 geflossen sind, sogar gestiegen.
- Am Ende von 12 Jahren SPD-CDU-Koalition steht ein Gemeinwesen, das sozial tief gespalten ist und in dem Sockelarbeitslosigkeit, strukturelle Armut und soziale Segregation, Entmutigung und Elendsgewalt „normal“ geworden sind.

3. Es ist möglich, die Zerstörung des bremischen Gemeinwesens zu beenden. Das erfordert eine entschlossene und mutige Politik, die Armut bekämpft und kollektiven Wohlstand verteidigt, so wie DIE LINKE das in ihrem 11-Punkte-Programm zur Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen entworfen hat. Zu einer solchen Politik gehört insbesondere:

- Aufbau eines Sektors langfristiger, gemeinnütziger, öffentlich geförderter Beschäftigung; Ausstieg aus der 1-Euro-Kultur zugunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse;
- keinerlei weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst, sondern gezielter Ausbau in Schwerpunkten öffentlicher Daseinsvorsorge;
- Investitionen in ein integratives, alle einbeziehendes, qualitativ hochwertiges Bildungssystem im Sinne von Breitenförderung, frühkindlicher Bildung, individueller Förderung, positiven Lernhaltungen und moderner, offener Weiterbildung;
- Verstärkung der Netze sozialer Sicherheit, vor allem im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik;
- materielle Armutsbekämpfung, insbesondere Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut, und zwar durch deutliche Verbesserungen bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (einschließlich der Anerkennung von Mehraufwänden der sozialen Integration wie Schulausstattung, Weihnachtsgeld usw.), durch kostenloses Mittagessen in Schulen und Horten, Verbesserungen im Bereich der Pflege und der ambulanten Betreuung;
- Stopp aller Zwangsumzüge und damit der weiteren sozialen Segregation;
- Sozialticket als Erhalt der stadtweiten Mobilität sozial Benachteiligter;
- Erhalt und Sanierung der Träger von nicht-staatlicher Kulturarbeit, insbesondere durch Langzeitverträge und feste Etats für Kleinprojekte;
- Stärkung des sozialräumlichen Ansatzes als Mittel zur Förderung von sozialen Kompetenzen und Lebensqualität;
- gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen benachteiligter Gruppen, vor allem Arbeitsplatzangebote für unter 25-Jährige, MigrantInnenquoten im öffentlichen Dienst, volles Arbeitsrecht für MigrantInnen, konsequente Anwendung und Ausdehnung des Vergabegesetzes;
- keine weiteren Privatisierungen, auch keine schleichenden durch Public-Private-Partnerships; Erhalt aller öffentlichen Kliniken; Rekommunalisierung von wichtigen Dienstleistungen zur Sicherstellung der Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

4. Ohne eine nachhaltige, solidarische Reform des Länderfinanzausgleichs ist das monetäre Defizit Bremens nicht zu beheben. Wer Bremen trotzdem unter den gegebenen Bedingungen monetär „sanieren“ will, ruiniert es sozial und ökonomisch.

- Die Einwohnerwertung der Stadtstaaten mit 135% wird den ökonomischen Veränderungen seit Mitte der siebziger Jahre in keiner Weise mehr gerecht. Die Schere zwischen kleineren Orten und Großstädten bei den notwendigen Ausgaben pro Einwohner hat erheblich zugenommen, Großstädte tragen zum überwiegenden Teil die Kosten des gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Strukturwandels. Im Falle Bremens betrifft das nicht nur die reinen Hafenlasten, sondern auch die Kosten des Strukturwandels von traditionellen zu neuen Produktions- und Dienstleistungsbranchen bzw. der (informations-)technologischen Veränderung bisheriger Wirtschaftszweige. Während Flächenländer ihre Großstädte entsprechend querfinanzieren, gibt es für die Stadtstaaten keine derartige Möglichkeit.
- Der von den Gegnern der bremischen Verfassungsklage vorgebrachte Vergleich von Benchmark-Werten zwischen Flächenländern und Bremen ignoriert diese Problemlage. Wenn Großstädte und Stadtstaaten einen Großteil der Kosten des Strukturwandels tragen, dann können sie nicht die gleichen Ausgaben pro Einwohner tätigen wie Flächenländer, ohne ihren Auftrag zu verfehlen und die soziale und ökonomische Substanz ihrer Städte zu ruinieren.
- Die im Raum stehende Idee der Altschuldensanierung im Gegenzug zum Verbot weiterer Schuldenaufnahme ist falsch und extrem gefährlich. Sie verändert nichts an der bezeichneten Problemlage und würde zur sozialen und ökonomischen Ruinierung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zwingen, insbesondere wenn die aktuellen Steuermehreinnahmen wieder abflachen.

5. Haushaltspolitik in Bremen muss sich am Leitbild einer solidarischen Gesellschaft orientieren.

- Solidarisch ist eine Gesellschaft, die Armut verhindert bzw. bekämpft und die kollektiven Wohlstand schafft bzw. verteidigt.
- Eine solidarische Gesellschaft ist auch eine ökonomisch vernünftige Gesellschaft, weil sie den Raubbau an der sozialen Substanz des Gemeinwesens verhindert und Armut als teuerste Form der Schulden zurückdrängt.
- Eine solidarische Gesellschaft sorgt dafür, dass alle ihre Mitglieder realistische Aussichten auf ein Leben in Gemeinschaft, Selbständigkeit, Arbeit und Würde haben.
- Eine solidarische Gesellschaft garantiert ihren Mitgliedern nicht nur das Recht auf Arbeit und Auskommen, sondern auf Qualifikation, Bildung, Kultur und auf den Zugang zum zeitgemäßen Niveau der kulturellen und ökonomischen Entwicklung.
- In einer solidarischen Gesellschaft stirbt niemand aus gesellschaftlich vermeidbaren Gründen.
- Eine solidarische Gesellschaft ist auch eine zukunftsfähige Gesellschaft, weil sie die Bedingung dafür ist, den heutigen Stand der Produktivkraftentwicklung zu realisieren.

6. Das unausgesprochene Leitbild des rot-grünen Senats ist eine Gesellschaft, die sich langfristig auf Armut und Perspektivlosigkeit eines Großteils ihrer Bevölkerung einrichtet und sich darauf beschränkt, die Folgen dieser Armut zu kontrollieren. Die Folgen der Armut kontrollieren heißt für Rot-Grün, kostengünstig dafür zu sorgen, dass der ökonomisch gescheiterte Teil der Gesellschaft befriedet und unauffällig gehalten wird, ohne den ökonomisch erfolgreichen Teil der Gesellschaft allzu sehr zu behindern und zu verunsichern. Dies zeigt der vorliegende Haushaltsentwurf deutlich.

- Nach wie vor gibt es Umverteilungen auf Kosten der ärmeren Menschen, Gruppen und Stadtteile, zugunsten der bürgerlichen Schichten und der besser gestellten Gruppen und Stadtteile. Dies zieht sich durch alle Einzelpläne hindurch. An allen Schulformen müssen Personal und Sachmittel gespart werden. Nur die durchgängigen Gymnasien erhalten zusätzliche Mittel. Theater, Philharmonie und Museen erhalten im neuen Haushaltsplan mehrere Millionen Euro zusätzlich, während die Stadtbibliothek eine Budgetkürzung von 1,3 Mio. Euro hinnehmen muss, für die Förderung unabhängiger Kunst und Künstler nur noch zwei Drittel des Betrags von 2006 aufgewandt werden und die Förderung des „Kino 46“ weitgehend eingestellt wird. Es ist positiv, dass von der rot-grünen Fraktion in den nächsten zwei Jahren zusätzliches Geld für Umweltschutzprojekte (30 Mio. Euro bis 2009), frühkindliche Betreuung (9 Mio. Euro) und Schulspeisung/Ganztagsschule (ca. 12 Mio. Euro) eingeplant wird. Diese Beträge sind jedoch zu niedrig, um deutliche Änderungen zu bewirken. Scharf zu kritisieren ist, dass diese Summe durch Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen, bei der Obdachlosenhilfe, bei MigrantInnen, Alten und Pflegebedürftigen sowie beim Wohngeld zusammengekratzt wird.
- Rot-Grün akzeptiert die verheerende Abwärtsspirale, die dadurch entsteht, dass es kurzfristig billiger scheint, Armut zu beaufsichtigen anstatt sie zu bekämpfen. Weil nichts gegen die Armut an sich getan wird, nimmt sie weiter zu, weshalb wieder mehr „Interventionskräfte“ nötig sind, um sie zu beaufsichtigen. Dementsprechend verschiebt sich im Bereich der Sozialausgaben das Leitbild von der Armutsbekämpfung zur Armutsbeaufsichtigung. So wird das „beschäftigungspolitische Aktionsprogramm“ bis 2009 um ein Drittel gekürzt (- 18 Mio. Euro!). Hamburg, Berlin und München geben pro Kopf doppelt so viel für Beschäftigungsprogramme aus. Hamburg, Berlin und München geben pro Kopf doppelt so viel für Beschäftigungsprogramme aus. Gleichzeitig steigert das Land Bremen die Mittel für aufsuchende Sozialarbeit um ein Drittel (+ 22 Mio. Euro). Das heißt, in Bremen und Bremerhaven gibt es weiterhin eine viel zu hohe Anzahl von Arbeitslosen, für die zunehmend weniger getan wird; doch immerhin wird dafür gesorgt, dass ab und zu nach ihnen geguckt wird.
- Wie die Finanzsenatorin Karoline Linnert selbst einräumt, sind die Leistungen des Stadtstaates Bremen für seine Bürgerinnen und Bürger in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich. Trotzdem sollen diese Leistungen in den nächsten vier Jahren weiter reduziert werden, auf das als Minimum gesetzlich vorgeschriebene oder sogar ein bisschen darunter. Warum? Der ganze Finanzplan atmet den Gestus tiefer Demut vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe. Kein Wunder, ist es für Bremen und insbesondere die nach wie vor regierende SPD doch ein wenig peinlich, dass die im letzten Jahrzehnt kassierten 8,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Finanzmitteln weitgehend verdunstet sind, ohne substantielle Mehreinnahmen zu generieren, geschweige denn Schulden abzubauen. Aber der hier vorgestellte Haushalt des knochentrockenen Sparens am Sozialen mit dem einen oder anderen Trostpflaster sorgt dafür, dass die armen Menschen, Gruppen und Stadtteile die Zeche bezahlen. Diese Orientierung von Rot-Grün an einem politischen Leitbild des flexiblen Kontroll- und Sicherheitsstaats, welches sich von der Bundespolitik die Altschuldensanierung erhofft als Bezahlung für eine kostengünstige, effektive Armutsverwaltung, lehnen wir scharf ab.

7. Bremische Haushalts- und Finanzpolitik muss den Konflikt mit dem Bund und seiner ausschließlich auf Steigerung der Unternehmensgewinne und der Förderung großer Vermögen gerichteten Steuerpolitik führen. Die rot-grüne Bundesregierung Schröder hat, in Fortsetzung der Politik der Kohl-Regierungen, die Besteuerung der großen Unternehmen, der Kapitalgesellschaften und der Spitzeneinkommen systematisch gesenkt und damit nicht nur dem Bundshaushalt, sondern auch den Ländern und Kommunen Milliarden an Steuereinnahmen entzogen. Die Große Koalition im Bund macht auf dieser Linie weiter.

- Allein die Vermögensteuer, die seit 1995 nicht mehr erhoben wird, würde Bremen jährlich mindestens 100 Mio. Euro bringen.

- Die Reform der Erbschaftsteuer könnte Bremen substanzielle Mehreinnahmen verschaffen, wenn die Große Koalition im Bund sie nicht aufkommensneutral gestalten (d.h. die großen Geldvermögen weiter entlasten) würde.
- Bremen hat der letzten Senkung der Unternehmensteuern 2007, bereits unter dem Eindruck einer Linksfraktion in der Bürgerschaft, erstmals nicht zugestimmt. Alles andere wäre auch indiskutabel bei einer „Reform“, durch die Steuereinnahmen in Höhe von mindestens 6 Mrd. Euro jährlich verschenkt werden.
- Gleichzeitig vertritt der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning in der Föderalismuskommission II nicht die vitalen Interessen Bremens. Das für Bremen entscheidende Thema, die notwendige Besserstellung Bremens im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern, wird nicht auf die Agenda gebracht. Stattdessen wird über die Begrenzung der Schuldenaufnahme und die Bewältigung der Altschulden geredet, was das Bremer Finanzproblem nicht löst.
- Die Bremische Große Koalition hat es durch ihre völlig irrealen Sanierungsversprechen vollständig versäumt, auf Bundesebene ein Verständnis für die unzureichende finanzielle Versorgung Bremens im Länderfinanzausgleich zu schaffen. Die rot-grüne Koalition in Bremen schickt sich an, mit der unverantwortlichen Zielvorgabe eines aus eigener Kraft ausgeglichenen Primärhaushaltes diese realitätsblinde Linie fortzusetzen.

8. Die steuerbedingten Mehreinnahmen müssen in die soziale Substanz der Stadt fließen, nicht in die Finanzierung des laufenden monetären Defizits.

- Das Vorgehen der rot-grünen Regierung, jetzt zu sparen und zu hoffen, dass die Bremer Gesellschaft das noch ein paar Jahre übersteht, ist fatal. Die soziale Spaltung Bremens und Bremerhavens ist bereits Realität, ebenso Langzeitarbeitslosigkeit und weit verbreitete Armut. Es ist noch nicht zu spät, die Entstehung geschlossener Armutsviertel, Armutskulturen und Armutsvererbung zu verhindern, aber dazu sind umfangreiche und politisch entschlossene Maßnahmen notwendig. Der Zeitpunkt zum Handeln ist jetzt, nicht in zwei Jahren, in vier Jahren oder irgendwann sonst.
- Bremen erwartet 2008/2009 gegenüber 2005 etwa 500 Mio. Euro konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen jährlich. Dieses Geld muss dazu verwendet werden, erste zentrale Maßnahmen der Armutsbekämpfung, der Arbeitsförderung und der Sicherung des sozialen Fundaments der beiden Städte zu finanzieren, um eine weitere Verfestigung der sozialen Spaltung, der Bildungsferne und Hoffnungslosigkeit erheblicher Personenkreise, der Verelendung und insbesondere der Kinderarmut zu verhindern. Das allein ist jetzt eine verantwortliche Haushaltspolitik.